



«Wind- und Solarenergie könnten die Energiewende nicht alleine stemmen»

FRUTIGEN Rund eine Million Franken investiert Samuel Moser für die Modernisierung seines Wasserkraftwerks an der Rybrugg. Und das, obwohl die Kleinwasserkraft politisch zunehmend unter Druck gerät. Im Interview mit dem «Frutigländer» erklärt er, warum er an dieser Form der Stromerzeugung festhält.

BIANCA HÜSING

In der Bevölkerung geniesst sie einen guten Ruf, Naturschutzverbände kritisieren sie: die Wasserkraft. Insbesondere Kleinwasserkraftwerke stehen im Visier von Pro Natura und WWF, weil sie einen Eingriff in letzte noch unbebaute Gewässer darstellen und den Lebensraum von Tieren beeinträchtigen, während sie lediglich einen minimalen Gegenwert an Strom produzieren. Seit Jahren fordern Umweltverbände daher eine Revision der «Kostendeckenden Einspeisevergütung» (KEV), damit keine finanziellen Anreize mehr für den Neubau umstrittener Kraftwerke geschaffen werden. Dieser Forderung scheint der Ständerat nun nachgegangen zu sein, als er Ende Mai eine Untergrenze für die KEV-Förderung von Kleinwasserkraftwerken beschloss und damit dem Nationalrat folgte. Neu werden ausschliesslich solche Werke mit finanzieller Unterstützung bedacht, die eine Leistung von mindestens 1000 kW aufweisen.

Dieser Beschluss wirkt sich auch im Frutigland aus: Samuel Moser, der erst in diesem Monat eine Baubewilligung für die Überholung seines Kraftwerks an der Rybrugg erhalten hat, verteidigt gegenüber dem «Frutigländer» die Kleinwasserkraft. Die Umweltverbände seien «über das Ziel hinausgeschossen».

«Die 60 Kleinwasserkraftwerke, die aus der KEV künftig herausfallen, entsprechen 35 000 privaten Fotovoltaikanlagen.»

Samuel Moser

«Frutigländer»: Herr Moser, was ist falsch daran, wenn das Parlament dem stetigen Neubau von Kleinstwasserkraftwerken und damit der Verbauung von Gewässern den Riegel vorschiebt?

Zurzeit warten rund 450 Projekte für Kleinwasserkraftwerke auf den KEV-Zuschlag. Mit der neuen Untergrenze, die das Parlament beschlossen hat, fallen davon 60 aus der Förderung heraus. Auch mein eigenes würde mit einer Leistung von gerade einmal 50 Kilowatt betroffen sein. Allein mit diesen 60 Werken könnte jedoch der Energiebedarf einer Stadt wie Luzern gedeckt werden. Wenn sie aufgrund der unsicheren Finanzierungslage nicht umgesetzt werden, geht nicht nur ein ungeheures volkswirtschaftliches Potenzial verloren, sondern es fehlt darüber hinaus Strom, der an anderer Stelle produziert werden muss.

Zum Beispiel von Fotovoltaikanlagen. Solarstrom hat schliesslich den Vorteil, dass er sich mit der Sonne einer unerschöpflichen Energiequelle bedient und nicht in die Natur eingreift.

Solar- und Windkraftanlagen sind durch das Jahr hindurch grossen Schwankungen ausgesetzt, weil die Sonne eben nicht immer hinreichend stark strahlt und nicht immer genug Wind vorhanden ist. Mein Kraftwerk hingegen musste ich seit zehn Jahren nicht abstellen, weil immer genügend Wasser durch die Kander floss. Wind- und Solarenergie könnten nie allein den Strombedarf decken

und die Energiewende (s. Kasten) stemmen. Auch ist der Ertrag der Kleinwasserkraft heute um ein Mehrfaches höher. Die 60 Projekte, die aus der KEV künftig herausfallen, entsprechen laut Bundesamt für Energie 35 000 privaten Fotovoltaikanlagen, was die Menge produzierten Stroms betrifft.

Sie heben damit vor allem ökonomische Aspekte hervor. Aber ist die Wasserkraft auch ökologisch?

Diese beiden Aspekte lassen sich kaum

voneinander trennen, wie der sogenannte Erntefaktor zeigt. Dieser bemisst bei Kraftwerken das Verhältnis von erzeugter Energie und solcher, die für Herstellung, Betrieb und Rückbau der Anlage benötigt wird. Selbst Kleinstwasserkraftwerke wie meines erreichen mindestens den Erntefaktor 60, das heisst, sie produzieren 60-mal mehr, als sie aufwenden. Bei Fotovoltaikanlagen liegt der Erntefaktor zwischen 4 und 8. Sie werden in China hergestellt und benötigen Metalle, die

wollen Stände- und Nationalrat noch in diesem Jahr ausräumen, bis es im Herbst zur Schlussabstimmung kommt. Einigen AtomkraftgegnerInnen gehen die Massnahmen indes nicht weit bzw. nicht schnell genug. Im November stimmen die SchweizerInnen über eine Initiative der Grünen ab, welche die Ausstiegspläne mit festen Daten versehen will. Die sogenannte «Atomausstiegs-Initiative» sieht vor, ältere Kernkraftwerke wie Beznau 1 bereits 2017 abzustellen und die übrigen Meiler bis 2029.

Doch auch von anderer Seite her hat die Energiestrategie 2050 GegnerInnen: Die Organisation «Alliance Energie» kündigte ein Referendum gegen die Bestrebungen des Bundes an. Die Referendumsfrist gilt bis Ende Jahr.

HÜS



NOCH BEFREIT SAMUEL MOSER SEIN KLEINWASSERKRAFTWERK MANUELL VON LAUB. NACH DER MODERNISIERUNG ÜBERNIMMT DAS EIN MASCHINELLER RECHEN.

BILD BIANCA HÜSING

Nun sind nicht unendlich viele Flüsse vorhanden. Umweltschützer gehen davon aus, dass 95 Prozent der Gewässer für die Stromproduktion genutzt werden. Fischereiverbände beklagen, dass der Lebensraum der Tiere beeinträchtigt wird.

Ein Grossteil der Wasserkraftwerke entsteht an Orten, die bereits vor über 100 Jahren für Hochwasserschutz verbaut worden sind. Die Betonwände und die für Fische zu grossen Stufen sind dort also schon längst vorhanden. Um aber eine Konzession für den Bau oder die Erneuerung eines Kraftwerks zu bekommen, muss der Betreiber/die Betreiberin eine Revitalisierung des Gewässerabschnitts vornehmen und Fischen den Auf- und Abstieg ermöglichen. Auch an dieser Stelle vergibt der Bund grosses Potenzial, wenn er Kleinstwerke von der Förderung ausnimmt. Denn wenn diese Werke nicht gebaut bzw. erneuert werden, wird dort auch die Revitalisierung nie erfolgen. Zum Rückbau der alten Betonvorrichtungen können Inhaber schliesslich nicht gezwungen werden. Meines Erachtens sind die Umweltverbände mit ihren Forderungen über das Ziel hinausgeschossen. Ich bin durchaus dafür, dass die KEV-Tarife für bestehende Wasserkraftwerke gesenkt werden, wenn sich herausstellt, dass sie zuviel beziehen. Auch der Gewässerschutz ist eine wichtige Angelegenheit, der mit den heutigen strengen Reglementierungen für den Bau neuer Werke hinreichend berücksichtigt wird. Dass aber mit der Schaffung einer künstlichen Untergrenze viele neue und sinnvolle Projekte verhindert werden, geht einfach zu weit.

Was halten Sie übrigens vom umstrittenen Projekt Kander Klus? Dort spielt noch ein weiterer Aspekt eine Rolle: der ästhetische.

Ich würde das Projekt gern unterstützen, wenn es angepasst wird. Nach meiner Einschätzung ist die vorgesehene Restwassermenge an dieser Stelle zu gering. Mit entsprechenden Änderungen wäre es dort aber möglich, die touristische Schönheit des Wasserfalls mit einer ökologischen Stromproduktion in Einklang zu bringen. Ein schönes Beispiel ist das Werk auf der Engstligenalp. Es ist unterirdisch verbaut worden und stört den beeindruckenden Blick auf den Wasserfall in keiner Weise.

Sprechen wir abschliessend noch über Ihr Kraftwerk. Werden Sie angesichts der Entscheidung des Parlaments von Ihrem Vorhaben abrücken?

Nein, die Baumassnahmen sind notwendig, damit das Werk noch effizienter läuft. Mit einer Leistung von 50 kW produziert es jährlich mehr als 300 000 kWh Strom, der etwa zur Hälfte für die Produktion in unserer Schiefertafelfabrik verwendet wird. Die andere Hälfte wird an die BKW verkauft. Mit KEV-Zuschlag erhalte ich pro kWh 19 Rappen, ohne wäre ich den Schwankungen des Markts ausgesetzt und bekäme abends und an Wochenenden nur etwa 6 Rappen. Zum Vergleich: Betreiber einer Fotovoltaik-Anlage erhalten 23 Rappen pro verkaufte kWh. Ohne KEV während der ersten 20 Jahre könnte ich mein Werk unter Umständen nicht mehr kostendeckend betreiben.

Ich werde die gesamte Zentrale inklusive Generator erneuern und einen automatisierten Rechen anbringen. Bisher mussten wir Laub und andere Verunreinigungen, die den Wasserfluss in die Zentrale beeinträchtigen, von Hand entfernen. Die Modernisierung wird mich insgesamt rund eine Million Franken kosten. Als Ökologe und glühender Verfechter der Wasserkraft investiere ich diese Summe ungeachtet der politischen Situation.